

# SICHERUNG DES FRIEDENS e.V.

Stellv. Vorsitzender: Univ.-Prof. Dr. Rainer Pelka  
85774 Unterföhring ☎ 089/ 958 22 333 ✉ [rainerpelka@gmail.com](mailto:rainerpelka@gmail.com)



München, den 11.02.2025

**Jahresthema 2025 des SdF und Vorbereitung der fünf Vorträge dazu:**

## „Demokratie braucht Mut und Verantwortung“ Einführung zum Jahres-Thema

### Zielsetzung des SdF und des Jahresthemas 2025

**SdF:** Zielsetzung des überparteilichen, unabhängigen Vereins SdF ist es, unseren Bürgern und anderen demokratischen Staaten Möglichkeiten der Friedenssicherung aufzuzeigen und sie zu deren Umsetzung zu ermuntern.

**Jahresthema - Verringerung des Risikobewusstseins:** Nach schweren Verletzungen durch beide Weltkriege schien Frieden für die junge Demokratie der Bundesrepublik ein großes Geschenk, mit zunehmender Gewöhnung aber eine ungefährdete Selbstverständlichkeit zu werden. Zwar gab es im Kalten Krieg (1948-1990) sicherheitspolitisch wiederholt kritische Momente wie die Kuba-Krise 1962, aber unter dem Schuttschirm von NATO und der Blockbildung (*Warschauer Pakt* vs. *NATO*) schien es vielen, dass ein Gleichgewicht des Schreckens die beste Garantie für eine Zukunft in Frieden sei. Als durch den Mauerfall am 3. Okt. 1990 eine friedliche Wiedervereinigung der getrennten deutschen Staaten erfolgen konnte, träumten viele Bürger auch in diesem Land vom ewigen Frieden. Sichtbares Zeichen dieses (Tag-)Traums war eine immer weiter sinkende Bereitschaft, für die äußere und selbst die innere Sicherheit angemessene Opfer zu bringen.

**Vernachlässigung aller Schutzmaßnahmen:** Der Bundeswehr, für deren Aufbau wir in den sechziger Jahren noch über 4% des BIP aufwandten, standen nach der Wiedervereinigung für die äußere Sicherheit noch 1,4% des BIP zur Verfügung<sup>1</sup>. Die von den USA und Experten geforderten 2% des BIP konnten im Bundestag nicht durchgesetzt werden, nicht einmal, als unsere Regierung dies den Oberkommandierenden der NATO und den USA schriftlich versprochen hatte. Um dies zu ändern, bedarf es **Mut und Verantwortung!**

### Mangelhafte Reaktion auf akute Bedrohungen

**Der russische Überfall:** Mit dem Überfall auf die Ukraine am 24. Feb. 2022 mehrten sich – nach einem kurzen Schrecken – die Stimmen, die von einem „*internen Problem*“ der Russen sprachen. Schließlich sei das doch alles einmal *die Sowjetunion* gewesen. Auch die, welche diese Meinung nicht vertraten, begannen zu glauben, dass das Risiko eines großen Kriegs gering bliebe und damit die Notwendigkeit, uns stärker zu schützen und zu helfen.

**Drei zusätzliche Bedrohungen:** Nicht einmal drei zusätzliche Bedrohungen führten zu einem Sinneswandel in Deutschland: <sup>1</sup>die Äußerung des inzwischen wiedergewählten US-Präsidenten Trump, im Falle seiner Wiederwahl würde er das amerikanische Engagement in der NATO reduzieren oder sogar aufgeben, <sup>2</sup>das immer deutlichere Säbelrasseln der Chinesen in Bezug auf die Annexion von Taiwan und Änderung des Mächtegleichgewichts, und <sup>3</sup>am 7. Okt. 2023 das gnadenlose Attentat der HAMAS auf Israel und einem daraus folgenden Verteidigungskrieg gegen die HAMAS im Gazastreifen. Statt nunmehr einen Ausbau einer überlegenen Wehrhaftigkeit anzugehen, bleibt es bis heute überwiegend bei Lippenbekenntnissen.

**Banale Ausreden:** Und kommt es zum Schwur, dann argumentiert die Regierung mit leeren Kassen. Dies traut sie sich weitgehend unwidersprochen, obwohl die jährlichen Einnahmen aktuell fast eine Billion = Tausend Mrd. € umfassen, ein Höchststand staatlicher Einnahmen. Was macht sie mit dem Geld? Neben immer neuer Sozialpolitik neue Stellen in der Politik und in der Verwaltung schaffen, um immer weitere Gesetze zu erlassen, die bereits seit drei Jahren auch dazu beitragen, dass die Industrie Stellen abbauen musste und – soweit sie kann – im Ausland investiert, soweit sie nicht eben Pleite geht. Die einzige Regierungspartei, die sich dagegen wehrte, wurde vor die Türe gesetzt und kämpft nun (Feb. 2025) sogar um einen Wiedereinzug in den Bundestag.

<sup>1</sup> Durchschnittswerte „Verteidigung/BIP“: 1953-59: **4%**, 1960-69: **4,3%**, 1970-79: **3,1%**, 1980-89: **2,8%**, 1990-99: **1,7%**, 2000-09: **1,3%**, 2010-19: **1,2%**, 2020-23: **1,36%**. (Quelle: Statista, Aufruf: 07.02.25).

## Fehlt es an Mut und Verantwortung?

O.g. Sorgen zwingen, über die Stärken und Schwächen unserer „gelebten Demokratie“ nachzudenken. Das hat uns nach 2024 präzisierend zum Jahresthema 2025 inspiriert. Doch bevor wir uns auf die fünf zentralen Felder

- „Politische Grundlagen“, „Sicherheit“, „Wirtschaft“, „Kultur“ und „Ethik/Religion“

mit spezifischen Fragen und Aspekten begeben, seien grundlegende Gedanken angesprochen.

**Bedenklicher Ist-Status:** Wir erleben aktuell (Feb. 2025 wie schon Anfang 2024) die zunehmend berechtigtere Sorge einer Überschwemmung mit Migranten, die nur mangelhaft integriert werden. Warum ist das so? Die Bundesregierung propagierte zumindest bis Herbst 2024 eine Politik der offenen Grenzen, aber die Last der Integration hat sie v.a. den schon lange über ihre Grenzen beanspruchten Gemeinden überlassen, gleichgültig, wie oder ob sie dies leisten konnten, zusätzlich jedes Handeln mit immer neuen Gesetzen erschwert. Die Folge: Infrastruktur, Bildung, Erziehung und Kultur, also die Basis eines Zukunftsvertrauens und einer lebenswerten Gegenwart, werden langsam aber sicher abgewürgt.

Noch brutaler aufrüttelnd sind die Morde von oft längst abschiebungspflichtigen nicht integrierten Migranten, und darüber hinaus gibt es zu viele, die wir nicht haben wollen, weil sie nicht integrationswillig oder sogar kriminell sind. Diese Sorge von inzwischen einer Mehrheit von Bürgern führt dazu, dass Parteien gewählt werden, deren Demokratieverständnis uns nicht überzeugen kann. Nur weil die Demokratie uns – u.E. zu Recht – als die beste Regierungsform erscheint, die der freien Lebensgestaltung und Menschenwürde eines jeden die bestmöglichen Rahmenbedingungen schafft, ist sie – wie auch die Geschichte lehrt – nicht automatisch vor Zerstörung gefeit.

**Zukunftsperspektive:** Es sprechen viele Zeichen dafür, dass wir uns aktuell in einer nicht ungefährlichen Situation befinden. Staatswesen (D und EU) und Demokratie sind in ernster Existenzgefahr, ohne dass dies der Mehrheit bewusst wäre. Diese versäumt eindeutig, sachangemessene Prioritäten zu setzen. Ein aktuelles Beispiel dazu: Zwar hat der (Noch-)Bundeskanzler nach den zumindest irritierenden Entscheidungen seiner ersten Verteidigungsministerin Lambrecht mit Pistorius als Nachfolger eine hervorragende Wahl getroffen. Allein Pistorius konnte und kann das richtig Erkannte nicht umsetzen, weil der Bundestag ihm mehrheitlich nicht die nötige Handlungsvollmacht gab und gibt.

Auch hier sind es vor allem die verweigerten Finanzressourcen, die einen schnellen Um- und Aufbau der Bundeswehr verhindern. Und die Antwort auf die Frage, woher das Geld kommen solle, lässt leicht beantworten: Es müssen richtige Prioritäten gesetzt werden. Richtige Prioritäten heißt: Der Staat konzentriert sich auf seine Kernaufgaben: Sicherheit der Bürger durch **Wehrhaftigkeit** nach außen und innen, Schaffung günstiger **Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Wirtschaften** der Bürger und **Zukunftssicherung durch Forschung, Bildung und Erziehung** zu klugen Köpfen und motivierten, loyalen Bürgern.

Dazu braucht es natürlich Mut und Verantwortung: **Mut**, liebgewordene Besitzstände auf ihr Nutzen-Kosten-Verhältnis zu überprüfen, und **Verantwortung**, keine unhaltbaren Versprechungen zu machen oder gar Feste mit einem bitteren Ende zu feiern.

## Was sind Stärken der Demokratie im Konkurrenzkampf, wo sind ihre Schwächen?

**Stärken:** Unser demokratisches System hat – selbst in seiner gegenwärtig unzulänglichen Realisierung – wichtige Stärken. Wir merken sie meist nur indirekt. In der Corona-Zeit wurden viele Fehler gemacht, die schlimmsten aber dadurch, dass die demokratischen Regeln teilweise und zeitweise außer Kraft gesetzt wurden, um das von Einigen für richtig Gehaltene rasch umzusetzen, und zwar in einer Art „Durchregieren“. Immerhin war unsere Demokratie stark genug, irgendwann diese Abweichungen wieder zu korrigieren.

An China konnte man anhand der über einen Monat währenden Absperrung einer Zehnmillionenstadt mit großem Schaden für die Gesamtgesellschaft anschaulich sehen, wie es sich auswirken kann, wenn demokratische Korrekturen überhaupt nicht existieren.

**Schwachstellen:** Deren Analyse kann hier nicht in toto erfolgen, aber einige Aspekte fallen selbst bei oberflächlicher Betrachtung ins Auge. So ist es offensichtlich, dass kaum jemand – auch nicht in der Wissenschaft – noch eine Übersicht über das System „**funktionierende Gesellschaft / Staatswesen**“ hat. Was ist da passiert?

Die technologische Revolution mit ihren immer schnelleren Zyklen benötigt vor allem Spezialisten zur Maximierung ihrer Spezialziele oder wenigstens raschen Annäherung. Die offenkundigen Erfolge in Teilbereichen der Gesellschaft, vor allem in der Wirtschaft, führten zu einer selbstverstärkenden Beschleunigung in Teilbereichen ohne ausreichende Harmonisierung bezogen auf das Ganze unserer Gesellschaft.

Eine Kontrolle der Wirkung auf das Gesamtsystem erfolgte nicht. Es war auch niemand da, der nachdrücklich danach fragte, erst recht niemand, der die Nachfrage hätte befriedigen können. Wir bräuchten Generalisten, die genügend „**Spezialisierung**“ verstehen, mithin interdisziplinierende Forschung und dazu die geeignete Ausbildung und die gesellschaftliche Erkenntnis, dass wir dazu aktiv werden müssen.

Auch ohne detaillierte Analyse ist klar, dass eine Gesellschaft ohne verbindlichen Kompass irgendwann scheitert, weil mindestens einige Verantwortliche globale Risiken nicht richtig einschätzen, geschweige ihnen angemessen begegnen kann. Aktuell sehen wir dies auch daran, dass wir keine konsequent vertretenen Prioritäten bei der (durch das Steueraufkommen möglichen) Ressourcenzuweisung setzen. Dies wäre – unter Beachtung der unvermeidlichen Nebenwirkungen – die Grundvoraussetzung einer erfolgreichen Schwachstellenbehebung.

## Wie könnte eine mutige und verantwortungsvolle Lösung aussehen?

Man sollte hier kein fertiges Rezept erwarten. Wichtig ist aber, dass wir den Souverän, das Volk, (wieder) befähigen und motivieren müssen, Entscheidungen auf überwiegend rationaler Informationsbasis zu treffen. Denn tatsächlich leiden wir nicht unter einem Mangel, sondern an einem Überangebot an Information. Und geeignete Techniken der Informationsverdichtung, Voraussetzung einer rationalen Entscheidungsbildung, stehen uns

- **nicht** (kein für den Laien erkennbarer Vorteil) oder nur
- **mangelhaft** (aufgrund der Erziehung keine Techniken der unabhängigen Informationsgewinnung) oder
- **Bias-behaftet** (nur einseitige Information durch Medien, Plattformen oder sogar KI) zur Verfügung.

Dies lässt sich schrittweise ändern. Denn die Demokratie ermöglicht es besser als jede andere Gesellschaftsform, v.a. über Wahlen, unerwartete Ergebnisse von Entscheidungen zu benutzen, um diese nachfolgend zu variieren, und damit frühestmöglich auch zu verbessern („Der Vogel, der nicht fliegt, findet sicher kein Futter“).

Dazu sollten wir unsere Politiker und deren Parteien im Hintergrund ermutigen, spätestens dann, wenn wir mit einer bestimmten Lebenssituation nicht zufrieden sind, nicht sein können, auch etwas Neues zu probieren, und zeitnah zu prüfen, ob der neue Weg bei der Lösung aktueller Probleme besser hilft als die bisherigen. Dazu braucht es **Mut**. Und **Verantwortung** brauchen wir, um die Ergebnisse unserer neuen Handlungen auf ihre Vor- und Nachteile hin zu evaluieren, und – wenn es bessere Alternativen gibt – diese zu korrigieren.

Mit einem solchen Ansatz ist es selbstverständlich, bei erkannten Fehlentwicklungen diese zu korrigieren, gleichzeitig aber den *mutigen Experimentator* nicht zu beschimpfen oder gar zu bestrafen, es sei denn, er verletzt Grundrechte oder verharret „borniert“ auf seiner Ideologie, obwohl sich die daraus resultierenden Handlungen als Fehlweg erwiesen haben.

Konkretisieren wir unsere Überlegungen – ohne damit den Vortragenden vorgreifen zu wollen – auf die Schwerpunkte der fünf Vortragsthemen.

**Vortrag 1 am 12.03.25, 17 Uhr**, Hanns-Seidel-Stiftung:

N.N, UniBw, (Referent, angefragt):

**Mut & Verantwortung. Warum braucht die Demokratie beides?  
Und wie steht es darum im heutigen Deutschland?**

Politik in Demokratien ist – schon durch das Prinzip der regelmäßigen Wahlen – in erster Linie reaktiv. Sie ändert dann ihre Entscheidungen, wenn sie glaubt, mit diesen Änderungen beim Wähler zu reüssieren. Problem dabei: *Je kurzsichtiger der Wähler, um so kurzsichtiger die Politik.*

**Mutige** Lösungen haben in Demokratien eine Chance, wenn der Wähler Angst hat und die Entscheidungen nachvollziehen kann. Das Versprechen von „Blut und Tränen“ (Churchill am 4.6.1940 nach dem Misserfolg der Appeasement-Politik von Chamberlain und Frankreichs überraschender Niederlage) fand in Großbritannien Unterstützung, weil die Angst vor dem baldigen Crash groß war, und die Führung **Mut und Verantwortung** signalisierte.

Mindestens eine notwendige Konsequenz daraus ist, dass sich die Politik neue Wege geht (**Mut**), und besser erklärt (**Verantwortung**), was notwendige Kosten und erzielbaren Nutzen betrifft. Dazu benötigt auch der Politiker Gelegenheit, sich zeitweise aus dem Tagesgeschäft zu lösen, um Strategien zu entwerfen oder umzugestalten.

**Vortrag 2 am 30.04.25, 17 Uhr**, Hanns-Seidel-Stiftung:

N.N, (Referent, angefragt):

**Innere und äußere Sicherheit (Verteidigung):  
Können wir vom russischen Überfall lernen?**

*Sicherheit* erfordert Anstrengungen und **Mut** und erzeugt Kosten. Sie ist aber ohne Gegenwert, solange sie nicht in Anspruch genommen werden muss. Das verführt, wenn der sog. Sicherheitsfall lange Zeit nicht eintritt, viele dazu zu denken, den Aufwand für die Sicherheitsvorkehrungen könne man sich sparen. **Verantwortung** erfordert eine Entscheidung unter Kosten- und Nutzenaspekten sowie deren Risiken.

Eine Anpassung an individuelles Sicherheitsdenken ist nützlich, weil wir intuitiv gelernt haben, **Nutzen \* dessen Eintrittswahrscheinlichkeit zum Schaden \* dessen Eintrittswahrscheinlichkeit** in Beziehung zu setzen. In der Regel treffen wir die Entscheidung, bei der der erwartete Nutzen möglichst hoch bzw. Schaden möglichst gering ist (\* = multipliziert).

Vortrag 3 am **25.06.25, 17 Uhr**, Hanns-Seidel-Stiftung:

N.N, (Referent, angefragt):

**Wirtschaft mit Mut und Verantwortung:  
Ist Gewinn als oberstes Ziel sinnvoll?**

Für die Vertreter der freien Marktwirtschaft funktioniert Wirtschaft am besten mit wenig Regeln. Das gilt nicht uneingeschränkt. Denn schon wegen der ungleichstarken Partner – hier der nicht / wenig organisierte Konsument / Nutzer, dort der mächtige Produzent / Dienstleister – muss der Staat Schutzregeln zugunsten des Schwächeren erlassen und Regeleinhaltung erzwingen können. Dazu braucht es **Mut** und **Verantwortung**. Wie können Staat und Gesellschaft dies fördern, ohne unnötig zu gähneln?

Darüber hinaus haben Regeln ähnlich wie Gewohnheiten die Tendenz einer meist zu langen Dauerhaftigkeit. Abgesehen vom Grundgesetz und einigen wenigen grundsätzlich sinnvollen Gesetzen sollten alle anderen Regeln ein Verfallsdatum erhalten. Nicht, dass sie danach grundsätzlich abgeschafft werden müssten, aber eine sorgfältige Prüfung nach dieser Zeit (*ob sie noch mehr Nutzen als Aufwand bedingen*) sollte *zwingend* (**Mut und Verantwortung**) sein. Alle übrigen Fragen – vor allem im Bereich der Wirtschaft – sollte man getrost den Menschen und dem Markt überlassen.

Vortrag 4 am **17.09.25, 17 Uhr**, Hanns-Seidel-Stiftung:

N.N, (Referent, angefragt):

**Demokratie-Bildung „Mut und Verantwortung“:  
Voraussetzung dazu in der Erziehung, bei Eltern, in der Schule?**

Wieviel **Mut** und wieviel **Verantwortung** braucht Kultur? Auf der anderen Seite, welche Grenzen sind zum Schutz der Demokratie notwendig, damit **Mut** nicht zum gefährlichen *Übermut*, **Verantwortung** nicht nur *reinen Bedürfnisbefriedigung* degeneriert? Und vor allem, wofür braucht eine demokratische Gesellschaft Kultur, genauer Kultur-Unterstützung?

Die USA eignen sich als ein anschauliches Beispiel für zwei antagonistische Einflüsse. Dort ist die Kultur (und sogar die Wissenschaft) nahezu total privatisiert. Das Ergebnis: Der private Einfluss führt dort, wo viel Geld und Diskurs vorhanden ist, zu singulären Spitzenleistungen, also v.a. an der Ost- und der Westküste des Landes. Im übrigen Land ist die Ausbeute eher mager. Wenn man bedenkt, dass Trump vor allem von den Menschen im mittleren Westen gewählt wurde und nun wiedergewählt wurde, wird die Bedeutung der Kunst auch für eine funktionierende Demokratie erkennbar.

Vortrag 5 am **29.10.25, 17 Uhr**, Hanns-Seidel-Stiftung:

N.N, (Referent, angefragt):

**Religion und Demokratie:  
Fördert Religion Mut, stellt sie Verantwortung sicher?**

Brauchen wir eine neue Friedensethik? Seit sich der Einfluss der Kirche in den demokratischen Ländern des Westens, v.a. auch in D so sehr verringert hat, sichtbar auch an hohen Austrittszahlen, stellt sich die Frage, ob und ggfls. wie die von ihr (und der abendländischen Geschichte) vermittelte Ethik an die kommenden Anforderungen angepasst werden kann oder muss.

Unbestritten genügt nicht allein der Gesetzgeber. Ethik muss von der großen Mehrheit der Mitglieder der Gesellschaft akzeptiert und gelebt werden. Kann dies die Kirche (wieder) überzeugend vermitteln? Kann sie **Mut** machen, **Mut** fördern? Und entspricht die kirchliche Ethik der gesellschaftlichen **Verantwortung**?



In den fünf Vorträgen des Jahres 2025 werden für die fünf Einzelthemen ausgewiesene Experten diese und weitere Aspekte analysieren und evaluieren.

Ihr *Rainer Pelka*